

(Abgeordneter Dr. Niethammer.)

(A) Vorteil. Ich weise darauf hin, daß es z. B. für unsere große hochentwickelte sächsische Industrie keine kleine Aufgabe ist, jetzt die Sozialdemokratie einen maßgebenden Einfluß auf die ganzen Arbeiterfragen gewinnen zu sehen. Ich glaube, es ihrer Einsicht anheimgeben zu dürfen, daß sie sich auch damit zurechtfindet, aber sie wird den ernststen und berechtigten Wunsch haben, daß dies ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe möglich ist. Und ich glaube, das Interesse, welches die Industrieunternehmer haben, ist nicht größer als das, das die Arbeiter der Industrie selbst haben.

Wir müssen uns doch in allem das Ziel vor Augen halten, wie es auch der Herr Minister erwähnt hat, aus der schweren Lage, in der wir uns befinden, möglichst mit blauem Auge herauszukommen. Es ist Wahnsinn — um dies Beispiel zu gebrauchen — wenn man Bäckereiläden stürmt und das Brot in den Schmutz tritt, weil Hungersnot im Lande ist. Wir brauchen unbedingt Ordnung und Disziplin auf allen Wegen. Der ehrliche Entschluß der Nationalliberalen Partei ist es, auf diesem Wege mitzuarbeiten. Wir haben, wie die Dinge liegen, kein Interesse daran, daß die Demokratie bald abgewirtschaftet hat; im Gegenteil, wir haben das lebhafteste Interesse, daß sie die großen Aufgaben, die ihr gestellt sind, erfolgreich erfüllt.

(B) Aber, meine Herren, daß das alles gut ausgeht, das hängt nicht bloß vom guten Willen ab, darüber werden die Erfolge, die die Regierung aufzuweisen hat, das letzte Wort reden, und darüber wird in erster Linie auch die Frage entscheiden, wie der Friede ausfällt, den wir nun bekommen werden.

Wir Nationalliberalen können bloß auf das dringendste anraten, daß alles ausgeschieden wird, was verbitternd wirkt. Wir sind uns bewußt, daß wir das mit bestem Willen und erfolgreich getan haben und jeden Tag jetzt tun. Wir verlangen aber auch von der Gegenseite, daß sie dieses Bestreben nicht zurücktreten läßt. Das Parlament ist jetzt die Kanzel, nach der alle Blicke des Volkes gerichtet sind. Das Volk fürchtet noch mehr als den äußeren Feind die innere Uneinigkeit, an der alles zugrunde geht. Es ist gefährlich an der Verfassung, die wir haben, mehr zu ändern, als unumgänglich notwendig ist.

Wir stehen ganz auf dem Boden, den der Herr Staatsminister bezüglich der Einheit des Deutschen Reiches gekennzeichnet hat. Das Deutsche Reich ist zur Einheit in der Idee des Kaiserreiches emporgewachsen. Wir bestreiten, daß das Kaisertum eine imperialistische provozierende Bedeutung hätte. Wenn unsere Feinde es dazu stampeln, meine Herren, so ist der Zweck dessen nur

allzuleicht ersichtlich, als daß wir uns dem anzuschließen (C) haben.

(Abgeordneter Hettner: Sehr richtig!)

Aber welche Bedenken auf diesem Gebiete unserem Kaisertum bisher entgegengestanden haben sollten, ich glaube, wir haben sie in den letzten Wochen und Monaten restlos beseitigt. Die Beseitigung des Kaisertums selbst würde und müßte zu einem Zerfall des Deutschen Reiches führen,

(Abgeordneter Fleißner: Umgekehrt!)

und was das bedeuten würde, meine Herren, darüber kann wohl niemand im Zweifel sein, denn wir brauchen sowohl in politischer als in wirtschaftlicher Hinsicht die Machtgrundlage des Deutschen Reiches.

(Abgeordnete Hettner und Förster: Bravo!)

Über die Einzelheiten, die der Herr Minister ausgeführt hat, kann ich mich aus dem Grunde kurz fassen, weil die Ausführungen im allgemeinen dem entsprechen, was meine Partei vertritt und was wir bei der Ankündigung eines Programms seitens der neuen Regierung erwarteten. Das bezieht sich auf das Wahlrecht, auf die Art, wie es eingebracht werden soll, das bezieht sich auch auf die Erste Kammer. Der Herr Minister hat sich über den Modus nicht ausgesprochen, ich glaube aber (D) seiner Zustimmung versichert zu sein, wenn ich den Wunsch ausspreche, daß die Regierung die Vorlage zurückzieht und eine neue Vorlage an die Kammer über die Reform der Ersten Kammer bringt.

(Abgeordneter Hettner: Sehr richtig!)

Die Beschlüsse, die von dem Verfassungsausschuß gefaßt worden sind, sind ja bekannt. Wir stehen auf diesen Beschlüssen und erwarten die Vorschläge der Regierung, wie sie der Herr Minister kurz skizziert und in Aussicht gestellt hat.

Auch eine Reform des Gemeindevahlrechts halten wir für dringend erforderlich und sind ganz einverstanden, daß es in freiheitlichem Sinne unter Wahrung der Autonomie der Gemeinden zustande gebracht werden soll, und vor allen Dingen auch, daß die Interessenten, die Gemeinden, bei seiner Festsetzung von der Regierung gehört werden und mit zu Worte kommen sollen.

Über den weiteren Ausbau des von uns vertretenen Gedankens des Ministerpräsidenten freuen wir uns. Wir hoffen, daß alle die Pläne, die die Regierung damit verbindet, die Einheitlichkeit der inneren Politik, die Einheitlichkeit der Vertretung Sachsens in Berlin, die Wirksamkeit aller Maßnahmen damit gefördert werden.